



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/37

14. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Nachklänge zur Hamburger Synode	S. 1
Frankreichs Saarpolitik	S. 3
Koalitions-Zänkereien	S. 5
Dr. Gereke wurde zum Telefon gerufen	S. 6

Monopol-Politiker

O.G. In das Echo, das die Hamburger Synode der EKD weit über den Raum der Evangelischen Kirche hinaus fand, ist aus Bonn ein Missklang gefallen. Unter der Überschrift "Kein Rückzug hinter Kirchenmauern!" gibt der Informationsdienst der CDU-CSU eine reichlich verzerrte Darstellung der Ergebnisse der Synode.

Bekanntlich hatte sich der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Dibelius, in seinem Rechenschaftsbericht vor der Synode scharf gegen das Darmstädter Gespräch zwischen dem Reichsbruderrat, der Bekennenden Kirche und führenden Sozialdemokraten gewandt. Kirchenpräsident Niemöller, der noch vor kurzem heftige Angriffe gegen Dr. Adenauer führte, ließ in Verlauf der Diskussion Ausserungen fallen, die als eine Annäherung an die Politik des Bundeskanzlers gedeutet werden konnten. Es erscheint deshalb nicht weiter verwunderlich, dass der "Informationsdienst" der CDU-CSU in gewohnter Unbekümmertheit daraus die Folgerung zu ziehen versucht, aus dem Verlauf der Synode so etwas wie ein Bekenntnis zur Politik der allein seligmachenden "christlichen" Partei abzuleiten.

Nichts ist verfehlter und törichter, als eine derartige plumpe Vereinfachung, die sich bald als gefährliche Selbsttäuschung erweisen dürfte. Man kann nämlich nicht auf der einen Seite begrüssen, dass die Evangelische Kirche keinen Rückzug auf das

"Jenseitige" angetreten habe, im gleichen Atemzuge aber das Eingreifen der Kirche in tagespolitische Auseinandersetzungen verdammen, weil "Äusserungen" führender Kirchenmänner als eine unmittelbare Unterstützung politischer Aktionen der Oppositionspartei gegen die Linie der Bundesregierung aufgefasst worden seien. Für die CDU ist freilich eine politische Aktivität der Kirche nur dann statthaft, wenn sie zugunsten der Politik der Bundesregierung geschieht.

Diese wunderliche Logik zeigt wieder einmal, dass in den Reihen der CDU für das Wesen des Verhältnisses evangelischer Christen zur Politik keinerlei echte Empfindung vorhanden ist. Protestantisches Verständnis schliesst die Absage zu jeder sogenannte "christliche Politik" ein. Es fordert aber die Betätigung des einzelnen Christen in der Politik, die sich in verschiedenen Lagern vollziehen kann.

Nur von dieser Grunderkenntnis her kann auch eine kritische Betrachtung der Hamburger Synode erfolgen. Es ist deshalb bedauerlich, dass Bischof Dibelius meinte, die Darmstädter Besprechung tadeln zu müssen, aber auf das Gespräch zwischen Vertretern des Rates der EKD und der CDU, das ebenfalls stattgefunden hat, mit keinem Wort einging. Auch die Äusserungen Niemöllers zeugen von einer aus der Situation des Augenblicks geborenen Impulsivität, die - wie öfters bei ihm - mit klarer politischer Überlegung nur schwer vereinbar ist. Ebenso lässt das abschliessende Wort der Synode viele Fragen ungelöst. Es birgt bedenkliche Tendenzen bei der Stellungnahme zu den brennenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Gegenwart, begnügt sich mit dem Appell an die Caritas und vergisst darüber die notwendigen institutionellen Änderungen des gesellschaftlichen Lebens. All dies wurde von vielen Teilnehmern der Synode empfunden und auch ausgesprochen.

So bedeutete die Hamburger Synode nicht den Abschluss einer Phase der Nachkriegsgeschichte der evangelischen Kirche in Deutschland, kein Scherbengericht über die Oppositionshaltung der Bekennenden Kirche, sondern macht, vielmehr deutlich, welche Probleme noch zu bewältigen, welche Spannungen und Gegensätze nach wie vor vorhanden sind. Dass diese innere Spannung und Bewegung keine Gefahr für die Einheit der Evangelischen Kirche ist, wird freilich von pseudo-christlichen Monopolpolitikern, die nur in klerikalischen und autoritären Kategorien denken können, nie begriffen worden.

Neue Saarpolitik?

A.F.Paris, im April.

Den geräuschvollen Forderungen der Saarpolitiker ist es zu verdanken, dass das immer noch ungelöste Saarproblem anlässlich der Unterzeichnung des Schumanplanes wieder in den Vordergrund der Aktualität gerückt wurde. Selbst wenn die Besprechungen Adenauer-Schuman in Paris mit einem Höchstmaass von Diskretion umgeben werden, war es schon vor Ankunft des Bundeskanzlers in Paris kein Geheimnis mehr, dass darin die Saarfrage einen sehr wichtigen Platz einnehmen wird. Es stellt sich nun die Frage, ob sich die französische Saarpolitik inzwischen gewandelt hat und ob auf diesem Gebiet überhaupt kurz- oder langfristig mit französischen Zugeständnissen an Deutschland zu rechnen ist.

Ganz unbestreitbar lässt sich hinter den Kulissen ein Stimmungswechsel feststellen. Die zuständigen Kreise sind nicht mehr restlos von der Zweckmässigkeit ihrer Saarpolitik überzeugt und gehen den bisherigen Weg nur noch ohne Begeisterung weiter. Man ist in Paris, selbstverständlich zunächst nur inoffiziell, zunehmend bestrebt, sich von der Autonomiepolitik der Regierung Hoffmann zu distanzieren, ebenso wie von der allzu eindeutigen Haltung des Hochkommissars in Saarbrücken, Grandval. Dass bisher, entsprechend der seit 1. Januar gültigen französisch-saarländischen Vereinbarungen, das Hochkommissariat noch nicht in eine Botschaft umgewandelt wurde, liegt teilweise daran, dass das Aussenministerium Monsieur Grandval in dieser Funktion nicht bestätigen will, anscheinend aber Schwierigkeiten hat, ihn abzuberufen oder zu ersetzen. Die öffentliche Meinung würde in einer derartigen personellen Veränderung den Beginn eines Kurswechsels sehen. Daraus würden sich Spannungen innerhalb der ständig auseinandertreibenden Regierungskoalition ergeben, was man vor den Neuwahlen aus begreiflichen Gründen vermeiden möchte. Es kann jedenfalls als sicher gelten, dass Hochkommissar Grandval vom Aussenministerium nicht mehr gestützt wird. Paris ist ausserdem bemüht, bis auf weiteres alles zu vermeiden, was die Saarfrage im Verhältnis zu Deutschland verschärfen könnte. Wiederholt wurden die französischen Stellen in Saarbrücken aufgefordert, grösste Diskretion und Zurückhaltung zu wahren. Man hat allerdings

in Paris den Eindruck, dass sich der Hochkommissar zur Tarnung der saarländischen Politiker bedient, denen es in den letzten Wochen ausgezeichnet gelang, die deutsch-französischen Beziehungen zu stören.

Die letzte Saarerklärung des französischen Außenministers anlässlich einer zweitrangigen Aussprache im Rate der Republik wurde übrigens teilweise falsch verstanden. Gewiss, der Minister musste nach wie vor die traditionelle französische Politik unterstreichen und erklären, Frankreich hoffe, seine Ansichten bei Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland durchsetzen zu können. Gleichzeitig betonte er aber den nur vorläufigen Charakter der augenblicklichen Regelung und gab, was wichtig ist, zum ersten Male zu verstehen, dass auch Deutschland bei Saarangelegenheiten ein Mitspracherecht zusteht. Er versicherte nämlich, eine Beteiligung von Saarkontingenten innerhalb der Europaarmee würde die Zustimmung aller interessierten Länder voraussetzen, d.h., auch Deutschlands. Die französische Diplomatie hat heute nach zuverlässigen Informationen keine Einwendungen mehr dagegen, die Saarfrage nicht mehr wie bisher als eine alliierte Angelegenheit zu betrachten und sie zum Stoffe eines direkten deutsch-französischen Gespräches zu machen.

Man sollte allerdings von dieser neuen Haltung keine Wunder erwarten. Die französische Regierung denkt vorläufig nicht daran, die Grundlagen ihrer Saarpolitik zu ändern. Ihr Außenminister erwägt die Möglichkeiten, dem deutschen Schumanplan-Partner im Rahmen dieser Politik entgegenzukommen, es fehlt jedoch noch an klaren Gedanken, wie an der Saar die französischen Absichten mit den deutschen Interessen vereinbart werden können. Ausserdem sind Frankreich aus bereits erwähnten innenpolitischen Gründen bis auf weiteres die Hände gebunden. Ein offenes Zugeständnis an Deutschland in der Saar würde sofort in dem zu erwartenden Wahlfeldzug von allen Oppositionsparteien demagogisch ausgebeutet werden. Was den Schumanplan betrifft, gilt es jedoch unabhängig davon bereits als sicher, dass daran die Saar in keiner Deutschland irgendwie verletzenden Form beteiligt werden soll. In gleichem Sinne will man bei der Verwirklichung weiterer, europäischer Pläne handeln, aus dem Wunsche, Deutschland verständlich zu machen, dass man in Paris die Saar und die Bundesrepublik auf keinen Fall auf die gleiche Ebene stellen will.

"Wenn die Katze aus dem Hause..."

d.g. Kanzlerreisen ins Ausland sind für Koalitionspartner in Bonn Zeiten unbeschwertem Redens. Als Dr. Adenauer im Vorjahr in die Schweiz fuhr, zeichnete ein Karrikaturist ein vom Lehrer verlassenes Klassenzimmer, in dem sich die rauflustigen Schüler gegenseitig an den Haaren zogen und über die Kniee legten. An die Tafel hatte einer mit ungelinker Hand die Worte gemalt "der Lehrer ist doof!"

Diesmal ist der Lehrer Adenauer für einige Tage nach Paris geflogen und seine Schulkasse tobt wieder. Sein Flugzeug war noch nicht recht in den Lüften, als Schüler Euler in der Bankreihe der FDP bereits den Schüler Brentano in der Mittelreihe der CDU an den Haaren zu ziehen begann. Er werde nicht mehr lange in dieser Koalition(-sklasse) bleiben, wenn das so weitergehe. Brentano rechtfertigte sich, dass er sich seine Freunde von Zeit zu Zeit suchen werde und nicht immer auf Eulers Gefolgschaft angewiesen sei. Die Bankreihe der FDP empfindet die Abwesenheit des Lehrers als besonders befreiende Tat und so schrieb auch der nicht immer folgsame Schüler Rechenberg, dass sich seine Freunde einfach einen neuen Lehrer suchen würden. Wenn das nicht gelinge, entstehe die Frage, ob sie überhaupt in der Adenauer-Klasse bleiben könnten. Diese Drohungen und Lärmereien schienen Hermann Schäfer von der FDP denn doch zu viel und er glaubte eingreifen zu müssen, damit ihm nicht der Lehrer nach seiner Rückkehr wegen der zerschlagenen Scheiben seiner Freunde zur Rechenschaft ziehe. Und so stellte er sich fast väterlich vor die anderen hin und meinte: "Im Gegensatz zu den jüngsten Äußerungen des einen oder anderen Einzelgängers aus unseren Reihen, sehe ich, wie weit doch im Grunde genommen die gedankliche Übereinstimmung innerhalb unserer Koalition(-sklasse) geht. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten besteht Übereinstimmung darüber, dass allein die derzeitige Koalition imstande ist, die Gefahr einer Staatskrise zu vermeiden..."

Zwar versuchten in den Bänken der DP noch einzelne Schüler aufzumucken, aber allein die Androhung der bevorstehenden Rückkehr des Klassenlehrers und die Gefahr ihres möglichen Ausschlusses liess sie verstummen. Nun kann die Tür ruhig jederzeit aufgehen, denn alle sitzen wieder brav in ihren Bänken...

Plötzlich zum Telefon gerufen . . .

(sp) Dr. Gereke, genauer gesagt, seine Deutsche Soziale Partei (DSP), will den BHE-Funktionär Bähre verklagen. Bähre hat in einer Wahlversammlung gesagt, er habe Beweise dafür, dass die DSP aus der Ostzone finanziert werde.

Behauptungen, wie sie Bähre aufgestellt hat, sind meist schwer nachzuweisen. Dr. Gereke hat nun etwas getan, was zwar von einem Gericht nicht als Beweis anerkannt werden könnte, moralisch aber den Stab über den Politiker Gereke bricht.

In der letzten Sitzung seiner zu Ende gehenden Legislaturperiode hat der Niedersächsische Landtag eine Entschliessung angenommen, die an die Ostzonenregierung appelliert, aus den Kerkern alle Personen zu entlassen, deren keine persönliche Schuld im Sinne der deutschen Strafgesetze nachgewiesen werden kann. Als über die Entschliessung abgestimmt wurde, erhob sich, geräuschlos aber nicht unbemerkt, der Abgeordnete Gereke und verliess den Sitzungssaal. Er sei zu einem Ferngespräch abgerufen worden, erklärte er später, als er zur Rede gestellt wurde. Feststellungen ergaben, dass weder vor noch nach der Abstimmung ein Dr. Gereke zum Telefon gerufen worden war.

Damit ist sicher nicht geklärt, wer die grosszügige Wahlpropaganda der DSP bezahlt (ihre Mitglieder sind nach eigenen Angaben hauptsächlich Vertriebene und Arbeitslose). Einwandfrei geklärt aber ist, mit wem es Dr. Gereke nicht verderben will und darf. Dr. Gereke kann auf den Prozess gegen Bähre verzichten. Er hat gegen sich selbst ein Urteil gesprochen, dass keiner Erläuterung mehr bedarf.

Sic transit gloria mundi.

+ + +

Material für die Bundestags-Nachwahl vom Sonntag

(sp) Zu der am Sonntag im Wahlkreis Waldeck, Hof-Geismar und Wolfhagen (Hessen) stattgefundenen Nachwahl zum Bundestag geben wir den Redaktionen einiges Vergleichsmaterial. Es wurden vier Kandidaten aufgestellt. Die SPD nominierte Pfarrer Merten, der durch seine Tätigkeit in der hessischen Landesregierung im Referat für Kriegsgefangenenfragen bekannt geworden ist. Die CDU und FDP hatten zunächst beabsichtigt, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, konnten sich jedoch nicht einigen. Nachfolgend Vergleichszahlen aus der Bundestagswahl 1949 und der zweiten Landtagswahl 1950:

	Wahlberechtigt	abgeg. gült. Stim.	SPD	CDU	FDP	KP
1949	132.967	99.735	27.422	13.875	35.103	4.459
1950	131.816	87.175	33.322	9.320	42.064	2.469

In der Bundestagswahl 1949 wurden ausserdem 18.876 Stimmen für "Sonstige" abgegeben.